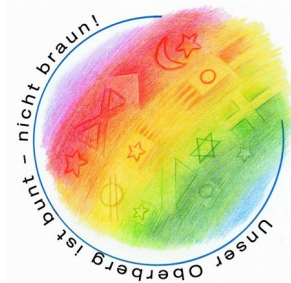


Unser Oberberg ist bunt, nicht braun!

Unser Oberberg ist bunt | Postfach 100739 | 51607Gummersbach



Dr. Carsten Brodesser
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Finanzausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

2. Februar 2025

Sehr geehrter Herr Dr. Brodesser,

wir bunten Oberberger sind erschüttert über das Verhalten Ihrer Fraktion und Ihr Abstimmungsverhalten in der vergangenen Woche. Wir beziehen uns auf den von der CDU/CSU Fraktion eingereichten Entschließungsantrag (20/14698 auch „Fünf-Punkte-Plan“ genannt) und den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion (20/12804), das sogenannte Zustrombegrenzungsgesetz. Wir sind der Auffassung, dass das Verhalten Ihrer Fraktion und Ihr persönliches Abstimmungsverhalten zutiefst schädlich für unsere demokratische Verfasstheit ist und fürchten, dass so ein Erstarren der autoritären und national-extremistischen Kräfte in Deutschland befördert wird.

Wir begründen dies mit den folgenden Punkten:

1. Die Wortwahl „Zustrom“, für Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, ist zumindest tendenziös. Sie ist so abwertend wie „Flüchtlingswelle“ oder andere Begriffe, die von den Rechtsnationalisten benutzt werden. Die von Ihrer Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen zur Zurückweisung und Abweisung von **Zuflucht-suchenden** sind eine zumindest „gefühlte“ Übernahme von AfD-Positionen. Dies behaupten auch die so genannte „Kanzlerkandidatin“ Weidel und ihre Konsorten. Die AfD nutzte die Debatten, um klarzumachen, dass sie nun in der Vorhand ist. Dies ist begünstigt durch Ihr Vorgehen.
2. Sie forderten im Fünf-Punkte-Plan der CDU/CSU-Fraktion, die Zahl der **Abschiebungen** deutlich zu erhöhen. Abschiebungen müssten auch nach Afghanistan und Syrien werden regelmäßig durchgeführt werden. Wie kann man als christliche Partei fordern, Menschen in Länder abzuschieben, in denen ein sichere und den Menschenrechten gerechtes Leben überhaupt nicht gewährleistet sein kann?

Sie fordern, den **Familiennachzug** zu Personen mit subsidiärem Schutz bis auf weiteres zu beenden. Subsidiär schutzberechtigt sind Menschen, die stichhaltige Gründe dafür vorbringen, dass ihnen in ihrem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht und sie den Schutz ihres Herkunftslands nicht in Anspruch nehmen können oder wegen der Bedrohung nicht in Anspruch nehmen wollen. Dabei kann ein ernsthafter Schaden sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen.¹ Wir halten diese Forderung für nicht sachgerecht, da der Familiennachzug bereits seit 1.8.2018 auf 1000 Personen pro Monat begrenzt ist.² Nachzugsberechtigt ist immer nur die Kernfamilie, Ehepartner, minderjährige Kinder und bei Minderjährigen die Eltern. Diesen ohnehin schon sehr eng begrenzten Rahmen für Familiennachzug gänzlich zu schließen, halten

1 (Quelle: [BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Subsidiärer Schutz](#))

2 Die gesetzliche Neuregelung zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten ist zum 1. August 2018 in Kraft getreten. Sie ermöglicht monatlich bis zu 1.000 Angehörigen der Kernfamilie (Ehegatte, minderjährige ledige Kinder und Eltern von minderjährigen Kindern, die ohne personensorgeberechtigtes Elternteil in Deutschland leben) einen Nachzug in die Bundesrepublik Deutschland. (Quelle [BVA - Aufgaben von A bis Z - Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten](#))

wir für unmenschlich. Vielmehr kann ein Familiennachzug dazu beitragen, die seelische Situation der Schutzsuchenden dauerhaft zu stabilisieren und würde damit zu mehr Sicherheit führen.

3. Ein „**Einreiseverbot** für ausnahmslos alle Personen, die keine gültigen Einreisedokumente besitzen und die nicht unter die europäische Freizügigkeit fallen“ [...] „unabhängig davon, ob sie ein Schutzgesuch äußern oder nicht“, halten wir nicht nur für verfassungswidrig, sondern auch für europarechtswidrig. Sie müssten doch wissen, dass niemand, der auf der Flucht ist, vorher ein Visum für Deutschland beantragen kann. Daher sind „gültige Einreisedokumente“ in vielen Fällen schlicht unmöglich. Mindestens führt diese ernste Beschränkung der Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raumes³ zu einer zunehmenden Beschädigung des Europäischen Zusammenhalts.
4. Wir vertreten schließlich die Auffassung, dass keine der von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen dazu beitragen kann, so schreckliche Verbrechen wie die von Solingen, Magdeburg oder Aschaffenburg zu verhindern. In allen drei Fällen gab es Fehler bei der Durchführung und Koordination von Maßnahmen im Rahmen der schon bestehenden Regelungen und es gab vor allem eine fehlende Betreuung der Personen, die zu Tätern wurden. Wir sehen auch nicht die Verhältnismäßigkeit zum Beispiel im Vergleich zu den Femiziden und Straftaten gegen Frauen und Mädchen, die laut BKA in allen Bereichen zunehmen.⁴ Wo sind hier, wo eine im Verhältnis eine beängstigend hohe Zahl von Straftaten erfolgt, Ihre strengen und umfassenden Forderungen, diese unmittelbar zu bekämpfen? Wo sind Ihre Forderungen, den Betroffenen Frauen und Mädchen angemessenen Schutz zu bieten?

Wir fordern Sie daher auf:

Unterlassen Sie jegliche Zusammenarbeit und auch Tolerierung durch die AfD zu 100%!

Kehren Sie zu einer menschenrechtskonformen Politik zurück!

Meiden Sie die menschenverachtende Sprache der national-autoritären Rechtsextremen!

Setzen Sie sich dafür ein, dass mehr Mittel für die Prävention, für die Betreuung und für die Integration von Zufluchtssuchenden bereit gestellt werden. Das ist bei weitem nicht so teuer wie der Bau neuer Abschiebehaftanstalten oder die Einstellung zigtausender neuer Bundespolizeikräfte zur lückenlosen Einreisekontrolle!

Im der oberbergischen CDU gibt es ein positives Beispiel für den konsequenten und von Anstand geleiteten Umgang mit unerwünschter Unterstützung durch extrem Rechte: Als Hubert Sülzer im Jahr 1989 feststellte, dass er nur mit den Stimmen der rechtsextremen „Republikaner“ als Bürgermeister wiedergewählt wurde, hat er die Wahl nicht angenommen und schweren Herzens auf das Amt verzichtet.⁵

Wir hoffen, dass Sie (und Ihre Partei) zu einer solchen Haltung zurück finden, damit Sie für uns Oberberger:innen wählbar bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,

Gerhard Jenders (für den Vorstand)

(Dr. Daniel Skambraks)

3 (BMI - Der Schengen-Raum interaktiv)

4 [BKA - Meldungen - Bundeslagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2023“](#)

5 <https://www.gummersbach.de/de/aktuelles/100--geburtstag-gummersbach-gedenkt-seines-fruheren-burgermeisters-hubert-sulzer.html>